

## Abrüsten statt Aufrüsten

**Am 22. Januar tritt das UN-Atomwaffenverbot in Kraft, nachdem die nötigen 50 Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert haben. Deutschland ist diesem Vertrag allerdings bisher nicht beigetreten.**

In der Stadtverordnetenversammlung Strausberg am 13. Februar 2020 beantragte unsere Fraktion DIE LINKE. auf der Grundlage einer gemeinsamen Beschlussvorlage der Bürgermeisterin und des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Strausberg den Beitritt der Stadt Strausberg zur Initiative „Städte der Welt für das Verbot von Kernwaffen“. Diese Initiative gehört neben zahlreichen anderen Organisationen der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) an. ICAN ruft u. a. weltweit Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Die Mehrheit des Strausberger Stadtverordneten lehnte allerdings unseren Antrag ab.

**DIE LINKE.**  
Strausberg

### Wir sind an Ihrer Meinung Interessiert:

Sollte die Stadt Strausberg der Initiative „Städte der Welt für das Verbot von Kernwaffen“ beitreten? Sollen wir da weiter dranbleiben?

Wenn Sie sich an dieser Meinungsumfrage beteiligen möchten, schicken Sie uns Ihre Antwort bitte möglichst innerhalb der nächsten 4 Wochen (und gern auch eine kurze Begründung) an [info@dielinke-mol.de](mailto:info@dielinke-mol.de).

Bisher eingegangene Meinungen finden Sie auf Seite 5 und auf [www.dielinke-mol.de](http://www.dielinke-mol.de)



Am Weltfriedenstag, 1. September, sammelten Mitglieder der LINKEN auf dem Marktplatz in Seelow Unterschriften für den Appell mehrerer Friedensorganisationen an die Bundesregierung, das UN-Atomwaffenverbot endlich zu unterzeichnen. 122 Staaten haben 2017 den Vertrag beschlossen.

## Aktionstag für Abrüstung und Entspannungspolitik

Anlässlich des von uns als Stadtverband DIE LINKE. Strausberg unterstützten bundesweiten Aktionstag für „Abrüstung und neue Entspannungspolitik“ am 5. Dezember 2020 wenden wir uns gegen das wieder drohende Weiterdrehen an der brandgefährlichen Rüstungsspirale. Echte Sicherheitspolitik ist für uns keinesfalls Aufrüstung, sondern vielmehr Abrüstung, die mit Entwicklungszusammenarbeit, Verständigungswillen, internationaler Dialogbereitschaft und der Beachtung des Völkerrechts einhergeht.

Das derzeit von CDU & Co. propagierte Ziel, in Deutschland 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, soll angeblich dazu dienen, „mehr Verantwortung zu übernehmen“ und „international für unsere Werte einzustehen“. Wie viele mit unsäglichem Leid verbundene Versuche braucht es denn eigentlich noch, bis auch der Letzte einsieht, wie sinnlos und zynisch die Annahme ist, man könne Werte oder bestimmte Gesellschaftsideen irgendwo auf der Welt herbeibomben? Aber die Frage ist sicher etwas naiv, denn denjenigen, die diese fadenscheinige Begründung wie ein Mantra herbeten, dürfte durchaus selbst klar sein, dass es tatsächlich allein um knallharte geopolitische und wirtschaftliche Interessen geht.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu unfassbar, dass im Angesicht einer Wirtschaftskrise der deutsche Rüstungsetat, der schon im Jahr 2017 bei 37 Milliarden Euro lag und damit ca. 1,25 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachte, noch weiter hochgeschraubt werden soll. Was könnte mit diesem Geld in unserem Land und auch bei der Unterstützung anderer Länder alles bewirkt werden?

*Niels-Olaf Lüders*

*Vorsitzender des Stadtverbandes*

*DIE LINKE. Strausberg*

*Direktkandidat für die Bundestagswahl 2021*

### In dieser Ausgabe

**Nicht kopflos, sondern solidarisch durch die Krise**

Seite 2

**Aufwendungen gegen ASP gehen in die Millionen**

Seite 3

**Warum Stopp einer neuen Förderschule in Neuhagen?**

Seite 3

**Allerhand ein linkes Hausprojekt**

Seite 4

**Endlich Klarheit über Tesla**

Seite 4

**Strausberg für Verbot von Kernwaffen**

Seite 5

**Hilfe für Flüchtlinge in Bosnien**

Seite 8

**Redaktionsschluss der nächsten Impulse:**

**1. Februar 2021**

**Erscheinen der nächsten Impulse:**

**15. Februar 2021**



## Weihnachtszeit 2020 etwas anders

Am 3.12.2020 erwarteten uns 11 Kinder mit neugierigen großen Augen am Eingang der Kita Reichenberg. Heute war die Landtagsabgeordnete der LINKEN Bettina Fortunato als Vorleserin unterwegs. Im Gepäck ein Holzauto aus der Werkstatt einer sozialtherapeutischen Einrichtung in einem Ortsteil von Müncheberg und die zweite Hauptperson war die Handpuppe Rolali. Als **Bettina Fortunato** mit Rosali zusammen aus dem Buch „Das Neinhorn“ begann vorzulesen, war es mit einmal ganz still. Die Geschichte des kleinen Neinhorn kam gut an und das Holzauto natürlich auch. Ein großes Dankeschön geht an die Kita-Leiterin, die alle Hygienevorschriften vorbereitet hat, damit dieser schöne Vormittag stattfinden konnte. Eine zweite Weihnachtsüberraschung gab es am 22.12.2020 in den Räumen der Seelower Tafel. Bettina Fortunato verteilte kleine Weihnachtsbeutel mit Wurstwaren aus der Produktion der Fleischerei Höhne. Eigentlich sollte es in diesem Jahr wieder eine kleine Weihnachtsfeier für sozialschwache Familien geben mit einem gemeinsamen Mittagessen und Kaffeetrinken. Sie haben es gerade in dieser schweren Zeit nicht einfach. Auch hier war es eine gelungene Übergabe bei der auch das ein oder andere Lächeln zu sehen war. Auf diesem Wege möchten wir uns bei Frau Horn (Leiterin der Seelower Tafel) und Ihrem Team recht herzlich danken.

Simone Schubert



## Nicht kopflös, sondern solidarisch durch die Krise!

Die verschärften Maßnahmen in der Corona-Pandemie seien ein richtiger Schritt, um Menschen zu schützen, erklärten die Vorsitzenden der LINKEN im Landtag Brandenburg, **Kathrin Dannenberg** und **Sebastian Walter**, im Dezember. Die Verantwortung dürfe aber nicht einseitig ins Private abgeschoben werden. Ein solidarischer Lockdown müsse möglich sein. Niemand dürfe in existenzielle Not gestürzt werden. Die Landesregierung müsse umgehend eine langfristige Strategie im Umgang mit dem Corona-Virus erarbeiten und im Landtag beraten. Die Parlamente müssten bei allen zentralen Entscheidungen, wie z.B. bei



der Festlegung der Impfstrategie, einbezogen werden. DIE LINKE forderte dazu:

Die Notbetreuung in Kitas, Schulen und Horten müsse ab sofort abgesichert werden. Das reine Aussetzen der Präsenzpflicht sei keine klare und sichere Regelung. Mit schwammigen Aussagen sei weder Eltern noch dem pädagogischen Personal geholfen. Der Verdienstausschlag für Eltern, die zu Hause bleiben müssten, sei

## Winterwelle der Pandemie trifft Obdachlose besonders hart

Die Situation für Menschen, die von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sind, wird durch die Corona-Pandemie verschärft. Darauf macht der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Sebastian Walter, aufmerksam. Auch in Brandenburg steige die Anzahl der Obdachlosen. Gradmesser dafür sei der Andrang in den entsprechenden Einrichtungen. Die genaue Anzahl der betroffenen Menschen sucht man allerdings vergeblich in den Statistiken des Landes. Obdachlose zählten zu der besonders gefährdeten Personengruppe. Häufig litten sie unter nicht behandelten Vorerkrankungen und

seien aufgrund ihrer Lebenssituation physisch und psychisch geschwächt. Ihre Unterbringung erfolge meist in Mehrbettzimmern. Selbst beim besten Willen sei hier eine Einhaltung der Abstandsregeln kaum möglich. Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung deshalb mit einem Antrag auf:



Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter

abzusichern. Hier müsse das Land Brandenburg schnell eigene finanzielle Entschädigungsregelungen treffen.

Das Kurzarbeitergeld müsse schnell auf 90 Prozent erhöht werden. Denn für Menschen mit niedrigen Löhnen bedeute der Bezug des Kurzarbeitergeldes, dass laufende existenzielle Ausgaben kaum gedeckt werden könnten.

Das Land müsse einen Unternehmerlohn von 1180 Euro im Monat einführen. In Brandenburg sollten endlich eigene Unterstützungsprogramme für Klein- und Kleinstunternehmen im Land aufgesetzt werden, da für viele Unternehmerinnen und Unternehmer auch mit der Überbrückungshilfe 3 nur noch Hartz IV bliebe.

Eine Ausweitung der Teststrategie auf Pflege- und Altenheime und Krankenhäuser sei dringend angezeigt. Die Ausstattung mit Schutzausrüstungen müsse überall abgesichert werden. Die Menschen, die dazu beitragen, andere zu schützen, müssten selbst mit allen Mitteln geschützt werden.

Umgehend seien öffentliche Einrichtungen wirksamen mit Luftfiltern auszustatten. Das grundgesetzlich verankerte Versammlungs- und Demonstrationsrecht dürfe gerade in der Krise nicht eingeschränkt werden. Außerparlamentarischer Protest sollte aber in dieser besonderen Situation die Verantwortlichkeit zeigen, nicht das gesundheitliche Gemeinwohl zu gefährden, so die Fraktionsvorsitzenden.

seien aufgrund ihrer Lebenssituation physisch und psychisch geschwächt. Ihre Unterbringung erfolge meist in Mehrbettzimmern. Selbst beim besten Willen sei hier eine Einhaltung der Abstandsregeln kaum möglich. Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung deshalb mit einem Antrag auf:

- Für die Kommunen ein Sofortprogramm für die Unterbringung von wohnungs- und obdachlosen Menschen in Ersatzunterkünften wie in Hotels und Pensionen o. Ä. oder Wohnungen aufgrund der durch Corona veränderten Bedingungen aufzulegen. Außerdem ist zu gewährleisten, dass ausreichend Schnelltests zur Verfügung ste-

Fortsetzung auf Seite 4





## Aufwendungen gegen Afrikanische Schweinepest gehen in die Millionen

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) konnte in Märkisch-Oderland räumlich eng begrenzt werden. Eine Ausbreitung nach Westen wurde verhindert. Das geht aus der Antwort der Kreisverwaltung auf eine Anfrage des Kreistagsabgeordneten der LINKEN, Dr. Dietmar Barkusky, hervor. Schnelles Eingreifen der Kreisbehörden und eine frühzeitige Einbindung der Jagd- und Landwirtschaftsverbände hätten zum Erfolg geführt. Nächste Schritte seien die komplette Einzäunung des gefährdeten Gebietes sowie der Kernzone und die anschließende Komplettentnahme des

Schwarzwildes in diesen Bereichen. Leider kam von Land und Bund kaum Unterstützung, wird weiter auf eine entsprechende Nachfrage Barkuskys geantwortet. DIE LINKE werde sich aktiv für die berechtigten notwendigen Hilfen von Land und vor allem Bund einsetzen, unterstreicht Dr. Dietmar Barkusky, denn die Bedeutung der Begrenzung der ASP gehe weit über die Grenze Märkisch-Oderlands hinaus. Schließlich gehe aus der

Antwort des Kreises hervor, dass eine stärkere finanzielle Beteiligung des Landes und des Bundes an den kreislichen Maßnahmen unumgänglich sei.

Das Land Brandenburg habe bisher mittels Förderrichtlinie die Übernahme der Kosten für den Bau eines festen Zaunes (ca. 2,8 Millionen Euro) zugesagt. Kosten für Unterbringung und Verpflegung von Bundeswehrangehörigen bei der Fallwildsuche oder für den Kauf von Schwarzwildfallen müsse bisher der Landkreis tragen. Darüber hinaus stünden dem Kreis aber auch Millionenforderungen für Ent-



Sommerklausur der Kreistagsfraktion, Gabriele Gottschling 4. v. r., Dietmar Barkusky 5. v. r.

schädigungen von Landwirten und weiterer Anspruchsberechtigter bevor. Diese Ansprüche werden ebenfalls ohne Unterstützung des Landes nicht zu bewältigen sein, heißt es in der Antwort der Kreisverwaltung weiter. Im Haushaltsplanentwurf des Kreises 2021 seien dafür 7,5 Millionen Euro und eine 75prozentige Landeserstattung kalkuliert. Zudem kämen mittelbar Kosten für Mitarbeiter anderer Bereiche hinzu, die zur Bekämpfung der ASP eingesetzt seien wie IT, Bauverwaltung für den Zaun, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung.

## Weitere Hilfen für Frauen in Not erforderlich

Laut einer Polizeistatistik wurden in Brandenburg von März bis Juli 22,5 Prozent mehr Delikte häuslicher Gewalt registriert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zudem kam es im Mai in Werder (Havel), Zossen und Cottbus zu Tötungsdelikten an Frauen. Nach Ansicht des Netzwerkes brandenburgischer Frauenhäuser entladen sich während der Corona-Pandemie zunehmende Spannungen in Familien vor allem an Frauen. Die Bedrohung durch häusliche Gewalt habe massiv zugenommen.

Im Land seien rund 250 Familienplätze als Zufluchtsorte für Frauen erforderlich, allerdings stünden nur 127 bereit. Das von Land und Kommunen aufgewendete Geld für diese Ein-

richtungen reiche nicht für eine bedarfsgerechte Finanzierung.

Die Kreistagsabgeordnete der LINKEN Gabriele Gottschling erkundigte sich in einer Anfrage an Landrat, Gernot Schmidt, nach der Situation von Frauenhäusern in Märkisch-Oderland.

Nach Auskunft der Kreisverwaltung befindet sich im gesamten Landkreis lediglich eine Schutzwohnung. Ende November lebten hier zwei Frauen und drei Kinder. Die Wohnung biete in vier Zimmern Platz für vier Frauen. Weitere vier Schlafplätze seien für Kinder vorgesehen. Die Unterkunft werde zu 60 Prozent vom Landesamt für Soziales und Versorgung und zu 40 Prozent kommunal finanziert.

Anfragen nach einem Zufluchtsort für Frauen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, heißt es weiter in der Antwort auf die Fragen der Abgeordneten. Wenn eine Aufnahme aufgrund fehlender Platzkapazitäten nicht möglich sei, werden freie Plätze in anderen Frauenhäusern Brandenburgs geprüft. Falls diese ebenfalls nicht zur Verfügung stünden, kämen die Bedürftigen auf eine Warteliste. Von Januar bis Ende November 2020 konnten wegen fehlender Platzkapazitäten 31 Frauen und 55 Kinder hauptsächlich aus Brandenburg und Berlin keine Unterkunft erhalten.

Für die Abgeordnete Gabriele Gottschling ist diese Situation nicht hinnehmbar. DIE LINKE werde sich für die Schaffung und Finanzierung weiterer Plätze für Frauen in Not einsetzen, betont sie.

## Warum Stopp einer neuen Förderschule in Neuenhagen?

Die Abgeordneten der LINKEN im Kreistag Märkisch-Oderland haben im Dezember mit großem Erstaunen und Missfallen der Presse entnommen, dass Landrat, Gernot Schmidt, den geplanten Neubau der Förderschule Neuenhagen gestoppt hat. Der plötzliche Rückzug aus dem Bauvorhaben, das Bestandteil des geltenden Schulentwicklungsplanes des Landkreises ist, hatte zuvor weder im Bildungs-, Bau- und Kreisausschuss des Kreistages eine Rolle gespielt.

Auf eine entsprechende Anfrage der Linksfraktion im Kreistag, antwortete der Landrat, dass er mit höheren Kosten als geplant für den Neubau der traditionellen Neunhagener Schule mit

sonderpädagogischem Schwerpunkt rechne. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Gemeinde sei nicht gut. Es gäbe Rechtstreigkeiten. Schmidt überraschte zudem mit der Information, dass sowohl Altlandsberg als auch Hoppegarten Interesse angemeldet hätten, die Schule zu bauen. Im Januar werde dazu eine Entscheidung fallen.

Mit diesen Aussagen allein wollte sich die Linksfraktion nicht abfinden und überreichte dem Landrat einen umfassenden Fragekatalog zu dem Bauvorhaben, das sich zurzeit in der Planungsphase befindet. Die Abgeordneten wollen wissen, welche konkreten Behinderungen der Landrat für den Bau sehe. Welche Rechtsposition den Landrat veranlasste, über einen Stopp

des Projektes zu verhängen, obwohl es hierzu bisher keinerlei Beratung und Entscheidung in den Gremien des Kreistages gab und gibt. Und wie sollen die Gremien des Kreistages schnellstmöglich in die Beratung über die Projektrisiken einbezogen werden?

Von der Verwaltung in Neuenhagen war zu vernehmen, dass es noch Fragen u. a. zu Parkplätzen, Straßenbau Terminen, Strom- und Wasserversorgung zu klären gäbe. Neuenhagen betrachte die Erschließungsaufgaben als lösbar bis zum geplanten Baustart im März 2022.

Für den Fall, dass Neuenhagen die vorgesehenen Zeitschienen einhalten, stellte Landrat Schmidt in Aussicht, es bei dem geplanten Standort in Neuenhagen zu belassen.

Renate Adolph

## Linke vor Ort



### Neue Mitgliederbeauftragte in unserem Kreis

Mein Name ist **Gianna** und ich bin seit einigen Wochen die neue Mitgliederbeauftragte in unserem Kreisverband der LINKEN. Es ist mir wichtig, dass unsere Partei ein Raum ist, in dem die Menschen sich wohl fühlen, in dem ein offener Austausch stattfindet und der für Neue und Interessierte spannend und einladend ist. Was genau die Arbeit als Mitgliederbeauftragte mit sich bringt, wird sich noch zeigen. Was ich jetzt schon sagen kann: *Wenn ihr Ideen, Vorschläge und Wünsche habt, dann meldet euch gern bei mir unter der Mailadresse: [info@dielinke-mol.de](mailto:info@dielinke-mol.de).*

#### Fortsetzung von Seite 2

→ hen, um die Obdachlosen schnell unterzubringen. Bei allen Maßnahmen sind die Träger der Obdachlosenhilfe mit ihren Erfahrungen einzubeziehen;

- Die zeitweilige Unterbringung wohnungs- und obdachloser Menschen mit verbesserter sozialer Beratung zu kombinieren, um diese dabei zu unterstützen, ihre Wohn- und Lebenssituation dauerhaft zu verbessern;
- Den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz bis zum 31.01.2021 über die umgesetzten Maßnahmen zur Unterstützung von wohnungs- und obdachlosen Menschen sowie den Hilfeinrichtungen zu unterrichten sowie einen entsprechenden Bericht vorzulegen;
- Weiterführende Maßnahmen und Konzepte für eine Vermeidung beziehungsweise Rückkehr aus der Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu entwickeln und dazu dem Ausschuss bis zum 30.04.2021 zu berichten und umzusetzen.

## Allerhand - ein linkes Hausprojekt

**D**em kapitalgetriebenen Wohnungsmarkt und der Vereinzelung des Individuums etwas entgegen zu setzen – das war der Impuls, das Hausprojekt Allerhand zu gründen.

2006 wurde das Grundstück in der August-Bebel-Straße 21 von einer ersten Projektgruppe gekauft mit dem Ziel, dort genossenschaftlich-selbstverwalteten Wohnraum zu schaffen. Doch zunächst musste das Grundstück von Schutt befreit werden. Nachdem ein Seitengebäude in kollektiver Arbeit wiederhergestellt worden war, reiften Pläne heran, auch den straßenseitigen Altbau wieder bewohnbar zu machen. So wurde dieser entkernt und mit einem neuen Dach versehen. 2016 gründeten dann neue und alte Aktive auf dem Grundstück eine GmbH und wurden Teil des bundesweiten Mietshäuser-syndikats. 2018 kam eine größere Gruppe aus Berlin und Brandenburg zu den alten Aktiven hinzu und es wurde beschlossen, neben dem Altbau auch noch einen Neubau zu errichten:



Wohnraum wird immer knapper und auf dem 2.700 qm-Grundstück war noch Platz genug. Vor einigen Monaten nun ging das Bauvorhaben los. Wenn die beiden Gebäude Anfang 2022 fertiggestellt sind, wird in ihnen Platz für 30 Personen sein. Zurzeit besteht die Gruppe aus 17 Erwachsenen und 6 Kindern, die ein Wunsch eint: Generationenübergreifend, solidarisch und umweltbewusst zusammen zu leben. Anfallende Entscheidungen werden basisdemokratisch im Konsens getroffen und anfallende Aufgaben

kollektiv in Arbeitsgemeinschaften erledigt. Als selbstverwaltete Alternative zum herrschenden Wohnungsmarkt soll zudem Wohnraum unabhängig vom Einkommen sichergestellt werden – Stichwort: Solidarische Mietkonzepte.

### Mehr als ein reines Wohnprojekt

Allerhand ist ein klar politisches Projekt, das seine emanzipatorischen Inhalte auch nach außen trägt und dabei mit linken Gruppen und Menschen aus Strausberg und Umgebung für eine bessere Welt streitet. Das Ziel ist, ein Ort zu schaffen, an dem Menschen ohne Angst verschieden sein können – ob sie nun Teil des Projekts sind oder nicht. So ist auch ein öffentlicher Raum geplant. Dieser soll mit politischen Inhalten gefüllt werden, dabei aber niedrigschwellig zugänglich bleiben für Interessierte und Halbentschlossene. Welche Form dieser

Raum genau haben wird – ob Café, Kneipe, Regionalladen oder eine Mischung aus alledem – wird noch diskutiert. Klar ist: Ein Raum wird entstehen, in dem Veranstaltungen, offene Nachmittage, Partys und Plena stattfinden können. So soll zu einer linken Struktur in Strausberg beigetragen und Aktivist\*innen und alle, die es werden wollen, unterstützt werden.

Mehr Informationen zum Projekt und zum aktuellen Stand der Baustelle gibt's unter: [www.allerhand-projekt.de](http://www.allerhand-projekt.de). *Nils Weigt*

### Regierung muss Klarheit schaffen:

#### Baut Tesla wirklich auf eigenes Risiko?

Das Landesumweltamt hatte im Dezember die Arbeiten auf der Tesla-Baustelle in Grünheide gestoppt, weil der US-Konzern eine Sicherheit für einen eventuellen Rückbau in Höhe von 100 Millionen Euro noch nicht gezahlt habe. Dazu erklärte der Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, Sebastian Walter:

„Tesla darf nicht weiterbauen, weil es zum wiederholten Male seine Rechnungen nicht gezahlt hat – die Zahlungsmoral des Herrn Musk scheint mir wenig vertrauenerweckend.

Genau so wenig Vertrauen habe ich inzwischen in den Umgang der Landesregierung mit dem Projekt: Wirtschaftsminister Steinbach und Umweltminister Vogel widersprechen sich wiederholt. Während Herr Steinbach keine weiteren Sicherheiten für nötig hält und öffentlich allein auf eine 10-Jahres-Rückbauklausel im Kaufver-

trag setzt, wird diese Klausel von Herrn Vogel in einer Antwort auf meine mündliche Anfrage gar nicht erwähnt. Vogel hält Sicherheiten weit über den Grundstückswert von 40 Millionen Euro hinaus für notwendig – und das ihm unterstellte Landesumweltamt verhängt deshalb sogar einen Baustopp.

Dieser Widerspruch ist symptomatisch für den Umgang der Landesregierung mit Tesla. Einerseits herrscht blindes Vertrauen in einen Kaufvertrag, der öffentlich nicht einsehbar ist; andererseits sieht man sich genötigt, Konflikte mit dem Investor auf administrativem Wege auszutragen. Und eine Baugenehmigung liegt immer noch nicht vor. Die Aussage, dass Tesla auf eigenes Risiko baut, scheint auch in der Landesregierung gar nicht so eindeutig geklärt zu sein, wie immer behauptet. Diese Frage muss aber nun endgültig von der Landesregierung beantwortet werden!“



## Meine Meinung zum Antrag der LINKEN: Strausberg sollte der Initiative „Städte der Welt für das Verbot von Kernwaffen“ beitreten

### Meine Antwort: JA !!!

Natürlich ist die Initiative „Städte der Welt für das Verbot von Kernwaffen“ nur von symbolischer Bedeutung. Aber in Zeiten, wo FAKE NEWS zum Zeitgeist zu gehören scheinen, müssen auch alle progressiven Kräfte mehr mit dem Mittel der Sprache (und dazu gehören Appelle) für humane Ziele eintreten. Da ich befürchte, dass die Folgen der Pandemie, die Erfordernisse der Klimaschutzpolitik und der weltweiten Ressourcenverknappung zu bisher unbekanntem Verteilungskämpfen zwischen den internationalen Akteuren führen werden, steigt die Gefahr der Austragung solcher Konflikte mit militärischen - und letztendlich auch atomaren – Mitteln .

Darum begrüße ich aus vollem Herzen Eure Initiative und wünsche Erfolg durch Beharrlichkeit ...

*Dr. Roland Schlauch*

### Ist es wieder soweit?

Ist es in Deutschland wieder soweit? Die von der Bevölkerung gewählten „Volksvertreter“ lehnen den Antrag auf Beitritt der Stadt Strausberg zur Initiative ICAN „Städte der Welt für das Verbot von Kernwaffen“ ab??? Es ist doch nicht zu fassen, wie weit sich diese Menschen nach 75 Jahren der Beendigung des letzten Krieges von dem Vorsatz „Nie wieder Krieg“ entfernt haben und somit die Waffenindustrie und die Aufrüstung unterstützen. Wozu brauchen wir Waffen? Gegen wen müssen wir mit Kernwaffen aufrüsten? Haben die Menschen denn aus der Geschichte nichts gelernt? So viele Fragen - nur eine Antwort „Nein“. Bleibt bitte mit diesem Thema am Ball. Nichts ist wichtiger, als der Erhalt des Friedens.

*Bärbel Gesell*

### Ein Zeichen setzen

Die Stadt Strausberg sollte der Initiative der ICAN beitreten und damit ein Zeichen setzen für alle Städte in Brandenburg und darüber hinaus in der BRD. Es ist absolut unverständlich, dass es Regierungen und Abgeordnete jeder Kategorie gibt, die sich einer solchen friedenserhaltenden Initiative verschließen können. All diesen Leuten sollten als Endlosschleife die Dokumentationen über den Abwurf US-Atombomben in Hiroshima und Nagasaki und deren Folgen gezeigt werden.

Und die Mehrheit der Deutschen sollte darüber nachdenken, ob sie bei den nächsten Wahlen den Gegnern des Kernwaffenverbotes noch ihre Stimme geben. Leider gehen vielen Bürgern durch die endlose Corona-„Berichterstattung“ viel Informationen und Tatsachen über das Weiterdrehen der Rüstungsspirale verloren.

*Herbert Metzke*

### Verbot von Massenvernichtungswaffen notwendig

Ein Verbot und die Vernichtung sämtlicher Massenvernichtungswaffen ist zwingend notwendig. Ein Einsatz würde sämtliches Leben auf unseren

schönen blauen Planeten vernichten.

Strausberg sollte der Initiative ICAN beitreten. Auch ohne Waffen ist das Leben auf der Erde möglich.

*K. Müller*

### NATO dreht an Rüstungsspirale

Auch wir als Familie sind der Meinung, dass mehr Geld in die Rüstungsindustrie unserem Planeten nicht sicher macht. Mit dem Geld sollte man lieber den Klimaschutz fördern, notwendige Entwicklungsprojekte in der Welt, Flucht und Vertreibung und das so entstehende Elend beseitigen. Mir ist auch vollkommen unklar, welche Aufgabe unsere Bundeswehr überhaupt und die NATO hat. Zur Zeit dreht aus meiner Sicht die NATO an der Rüstungsspirale. Es werden bestehende Abrüstungsverträge gekündigt und bilaterale Abrüstungsverhandlungen nicht geführt.

Als Bürger kommt man sich angesichts des politischen Aktivitäten unserer gewählten Volksvertreter und der Berichterstattung in unseren Medien über das Problem Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sehr hilflos vor. Ich denke nur mit einer außerparlamentarischen Aktion ähnlich wie Fridays for Future, Extinction Rebellion oder anderen Aktivitäten kann man Aufmerksamkeit erregen. Vielleicht wäre auch eine Initiative über Campakt denkbar. Wir unterstützen Eure Initiative.

*Ines und Matthias Kalb*

### Natürlich ABRÜSTEN!

Wollen die Vertreter anderer Parteien den Atomkriegshagel überleben?!? Haben sie schon die DEUTSCH SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT vergessen? Ich lade alle die das vergessen haben ins russische Haus in der Friedrichstraße in Berlin zu einem Gespräch über das moderne Russland ein. Wer sich mit Amerikanern und NATO verbrüderet, der bringt NUR NÄCHSTES UNHEIL IN HIESEGEBREITEN. HABEN DIE SCHON GESCHICHTE VERGESSEN?

*Wladimir Zeiser*

### Mehrheitswillen der Bürger beachten

Ich unterstütze die Absicht der Fraktion der Partei DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Strausberg, weiter darauf hinzuwirken, dass die Stadt Strausberg dieser Initiative beitrifft. Das dürfte dem Willen der Mehrheit, wenn nicht aller Bürger unserer Stadt, entsprechen. Mir ist unverständlich, dass Abgeordnete, die von den Bürgern ihr Mandat erhalten haben und deren Interessen vertreten sollen, diese Willenbekundung der Stadt ablehnen. Sie sollten in der Öffentlichkeit ihre Motive erklären.

*Wolfgang Johne*

### Was ist bloß los?

Was ist bloß in Strausberg los, die gewählten Volksvertreter bekommen keine Mehrheit gegen Kramp – Karenbauers Kriegslüsterheit und der CDU-Politik? Bitte kämpft weiter gegen diesen Wahnsinn!!!

*Volker Schumann*

### Atomkrieg würde Menschheit vernichten

Das Thema „Abrüsten statt Aufrüsten“ ist aktueller denn je, weil ein Atomkrieg die Menschheit vernichten würde!!! Deutschland tritt dem UN-Atomwaffenverbot nicht bei, weil die USA im Westen der BRD Atomwaffen und ihre Trägermittel vorrätig bzw. stationiert haben. Deutschland möchte die teuren amerikanischen Atomwaffenträgerflugzeuge F 18 anschaffen, um diese im Ernstfall einsetzen zu können! Dass die Mehrheit der Stadtverordneten den Beitritt der Stadt zur Initiative der ICAN ablehnte, ist nicht nachvollziehbar! DIE LINKE muss mehr mit Russland sprechen und nicht der AfD es allein überlassen!

*Hans Eichenberg*

### Für unsere nachfolgenden Generationen

Wir begrüßen diese Aktion der Linken und möchten hiermit unsere Meinung kundtun, dass unsere Stadt der Initiative „Städte der Welt für das Verbot von Kernwaffen“ beitreten sollte, und zwar im Interesse der uns nachfolgenden Generationen und weil eine Welt ohne Kernwaffen einfach eine bessere Welt wäre. Das Abstimmungsverhalten von CDU und AfD zeigt, welche Früchte die vor allem von den Medien betriebene schleichende Hetze gegen Russland trägt.

Unsere Soldaten haben in anderen Ländern absolut nichts zu suchen, und zur Verteidigung des Vaterlandes braucht es keine so immensen Anstrengungen, denn es ist Tatsache, dass die Bundesrepublik von keinem Land bedroht wird, schon gar nicht von Russland. Wenn wir allerdings Kräften, die eine offen antirussische Politik verfolgen, welche sie, so sie denn könnten, auch mit militärischer Gewalt durchsetzen würden, im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ Stützpunkte zur Stationierung von Kernwaffen zur Verfügung stellen und deutsche Häfen sowie deutsche Verkehrsinfrastruktur für die Verlegung von Nato-Verstärkungen gegen Russland bereit halten, dann geben wir das Geld aus dem Verteidigungsetat nicht für mehr Sicherheit aus, sondern schaffen im Gegenteil eine höhere Bedrohung für uns selbst, weil diese Objekte im Konfliktfall sofort Ziele russischer Präventivschläge wären.

*Marina Wolinski und Andreas Wagner*

### Überzeugungsarbeit notwendig

Ich begrüße es, dass die Stadt Strausberg o.g. Initiative beitreten sollte. Um jedoch einen überzeugenden Beschluss bei der meist konservativen Ausrichtung der Stadtverordneten herbeizuführen bedarf es m. E. mehr Überzeugungsarbeit. Wenn die parteilose Bürgermeisterin mit dem UfWler Schuster eine Vorlage in Anlehnung eines Beschlusses einer Partnerstadt zu o.g. Initiative einbringen und sich dann selber bei der von Ihnen (DIE LINKE) geforderten Abstimmung enthalten, zeigt doch den notwendigen Bedarf an noch fälliger Aufklärung. Machen Sie beim nächsten Versuch bitte besser

*Rainer Stockfisch*

## Aus unserer Postmappe

### Gegen Vereinnahmung durch die AfD

Im Dezember wurde der Filialleiterin des Roten Netto in Müncheberg eine Petition übergeben, mit der sich Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und aus ihrem Umfeld, Kunden des Supermarktes, gegen eine Vereinnahmung durch die örtliche AfD wenden. Hintergrund ist, dass die rechtslastige AfD die Kolleginnen des Supermarktes anlässlich der Wiedereröffnung des Discounters zuvor im Namen der Kunden beglückwünschte, natürlich um sich bürgernah, freundlich zu zeigen. Mit weit über 70 Unterschriften wurde die Petition spontan unterstützt, u. a. von Frank Hahnel, Vorsitzender der LINKEN der Stadt und Dr. Dietmar Barkusky, Abgeordneter der LINKEN im Kreistag Märkisch Oderland.



Einladung zum traditionellen Fest:  
Müncheberg ist BUNT

„Die Filialleiterin hatte ein Ohr für unser Anliegen. Ihr war wohl nicht bewusst gewesen, dass die AfD die Blumen nicht im Namen der Stadt überreichte“, berichtete Frederike Fuchs, eine der Initiatoren der Aktion. Die Filialleiterin wird die Unterschriftensammlung ihrem Bereichsleiter übergeben, hieß es weiter. Die Petition des Bürgerbündnisses fand öffentliches Interesse. Die Märkische Oderzeitung und das überregionale neue deutschland

berichteten darüber. Das Müncheberger Bündnis, das auch das Herbstfest „Müncheberg ist BUNT“ im Oktober auf dem Marktplatz in Müncheberg veranstaltete, ist sehr zufrieden mit der Resonanz auf diese Initiative und motiviert, weiter für ein demokratisches und solidarisches Miteinander zu werben. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen mitzumachen.

*DIE LINKE. Münchenberg*



### Bin ich gemein, weil ich Ihnen sage, dass Sie wie ein Rechter reden?

Ein Versuch einer Antwort auf  
Herrn Wenzels Frage in Impulse Dezember

Warum ist ihre Argumentation rechts, nicht weil Kritik per se rechts ist, sondern weil Sie sie wie ein rechter Mensch äußern. Von Verordnungsdiktatur zu sprechen, zeugt von keinem Geschichtswissen. Was ist eine Diktatur? Was geschieht Menschen, die sich in einer Diktatur nicht an die Vorgaben halten? Ist Ihnen etwas passiert? Oder fühlen Sie das einfach nur so?

Ich selbst sehe die Pandemiepolitik auch sehr kritisch. Jedoch beziehe ich meine Argumente auf die jeweilige Sache und mittlerweile achte ich sehr genau darauf, wie ich formuliere, um eben nicht wie ein Rechter Kritik zu äußern. In einer Diktatur leben wir nicht. Und wenn das Anordnen von Masken tragen diktatorisch sein soll, dann ist das Anhalten an einer roten Ampel es ebenfalls. (Beides wurde eingeführt, um Menschenleben zu retten.) Muss man sich daranhalten? Oder muss man lediglich die Strafe (keine Todesstrafe und kein Arbeitslager, keine Folter) dafür in Kauf nehmen, wenn man es nicht tut?

Naja und die Nebenwirkungen beim Tragen einer Maske ... Das Krankenhauspersonal, das 12 Stunden im OP arbeitet und immer eine Maske trägt, da hat noch nie jemand über die Nebenwirkungen geklagt ... oder haben die sich nur noch nie getraut, weil wir ja in einer Meinungsdictatur leben? Ach ja und ihre Freude am Demonstrieren. Ich denke, dass man sich

immer mit kritischen Schildern zu einer Gegendemo der Querdenker stellen kann, um eben nicht mit Rechten, Verschwörungstheoretikern und Reichsbürgern zu demonstrieren.

Aber ich denke, dass es Ihnen nicht darum geht, sachliche Kritik zu äußern, sondern Kritik wie ein Rechter. Sonst wären sie schon von allein darauf gekommen, wie und wo sie Kritik äußern können. Am Ende werden Sie das wohl noch sagen dürfen und sicherlich haben Sie nichts gegen Asylbewerber, aber...

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, wie erschrocken und empört ich darüber bin, in den Impulsen solch einen Leserbrief zu lesen. Ich wusste schon immer, dass Menschen aus unterschiedlichen Gründen in der LINKEN sind. Trotzdem erschüttert mich es als Antifaschistin diese Argumentation in der Linken Zeitschrift Impulse lesen zu müssen.

Abschließend möchte ich als Historikerin den historischen Hinweis geben, dass Nationalsozialisten Sozialisten waren und sind, die ihr sozialistisches Verständnis und Engagement mit aller Macht nur auf ihre Nation bezogen/beziehen. Also wo sollte man sich wann, wie gezielt abgrenzen, um nicht in diese Fahrwasser zu geraten? Einfach mal darüber nachdenken.

Mit freundlichem Gruß

*Judith Maringer*





## Das Jahr ist gelaufen

Corona hat uns im Griff. Selbst ich schwanke zwischen der Anerkennung der getroffenen Maßnahmen und dem inneren Schweinehund, persönlich auf nichts, was eingeschränkt ist, verzichten zu wollen. Am schmerzlichsten war die Ohnmacht, die Lieben zu Weihnachten nicht wie gewohnt oder sehr begrenzt begrüßen sowie in den Heimen und Krankenhäusern besuchen zu können. Möge bei mir und allen die Disziplin und die Vernunft siegen, denn sterben wollen wir selbst nicht und auch nicht schuld am Tod anderer sein. Hoffen wir, dass wir gesundbleiben und ab Januar genug Impfstoff bereitsteht und dadurch keine neuen, noch größeren Probleme aufgeworfen werden.

Gleich danach kommen die Geschehnisse in Amerika, die wie eine Seuche der bürgerlichen Demokratie dahin gehen. Da wählt ein Volk mit Mehrheit einen neuen Präsidenten und der alte, der die Welt in so manches Unheil gestürzt hat, erkennt dies nicht an, verweigert sich durchgeführte Scheinkämpfe vor Gerichten. Nur gut, dass diese und das ist ein Vorteil der Gewaltenteilung nach der Lage sowie dem Gesetz und nicht nach Illusionen und Unterstellungen urteilen. Jetzt ist der Neue bestätigt, aber neben mehr Berechenbarkeit, weniger Halsbrecherisches und einem anderen Ton wird sich weniger ändern als wir erwarten. Hoffen wir, dass das neue Jahr eine neue, positive Beständigkeit bringt.

Beim Vorbeifahren sehen wir wie Tesla stündlich wächst und man hat den Eindruck, dass den Bau dieses größten Industriestandortes in unserer Region nie-

mand aufhalten kann. Andererseits lese ich fast täglich über Gerichtsbeschlüsse, neue und alte Bedenken sowie Angriffen von sich betroffen fühlenden Bürgern sowie Naturschutzverbänden aus ganz Deutschland. Fehlende Zahlungen und Urteile führten erneut zum Baustopp und Verzögerungen. Dazu kommen fehlende praktische Lösungen von Infrastrukturfragen, für die die Landesregierung oder deren Ämter sowie die bundeseigene Deutsche Bahn zuständig sind. Hoffen wir, dass die Vernunft bald siegt und wir an der Entwicklung beteiligt sein werden. In Rehfelde freuen wir uns über die Realisierung zahlreicher Vorhaben, die über Jahre geplant, aber aus finanziellen Gründen des Haushaltes, oder fehlenden Angeboten, oder auch anderen Gründen liegengelassen waren. Andererseits ärgern wir uns über die verlorene Zeit, da für stehende, sogar erkannte und bekannte Sachfragen immer noch keine neuen Beschlüsse gefasst wurden. Dadurch werden wir zukünftig noch größere Probleme bei Platzkapazitäten des Schulstandortes, dem Bau von Wohnungen für junge, alte und bedürftige Menschen, Verluste an Einnahmen durch das Windfeld und fehlende Gewerbestandorte sowie Sorgen beim weiteren Ausbau der Straßen bekommen. Hoffen wir, dass 2021 die Lösungen zu diesen Sachfragen unbedingt beschleunigt und gleichzeitig die Ziele bis 2025, möglichst im Verbund mit der Hauptstadtregion, abgesteckt werden. Trotz aller bedenkenwerten und kritischen Fragen wünsche ich Ihnen bleiben oder werden Sie gesund!

*Ortsverband DIE LINKE. Rehfeld*



Postfach

## Neuer Anfang im Jahr 2021?

Was wird uns dieses Jahr bringen? Wird es nach der Corona - Schutzimpfung ein normales Leben wie vorher geben?. Diese Frage ist schwer zu beantworten, regt aber zum Nachdenken über unsere gesamtes Leben an. So weiter wie bisher sollte es nicht gehen. Die Rohstoffe dieser Erde weiter zu Geld machen und damit unsere Lebensgrundlagen unumkehrbar zu zerstören, nein danke. Für den Luxus der grenzenlosen Freiheit zahlen wir gerade einen sehr hohen Preis, deren Last noch die nächsten Generationen zu tragen hat. Daher sollte zukünftig Vernunft und nachhaltiges Wirtschaften regieren. Ob sich das nach der Wahl des Bundestages im September durchsetzt, bleibt zu hoffen und hängt auch von Ihrer Wahlentscheidung ab. Für DIE LINKE kandidiert hier im Wahlkreis 59 Niels-Olaf Lüders. Er wird sich in zahlreichen Veranstaltungen den Fragen der Bürger stellen. Nutzen Sie diese Gelegenheit um mit ihm ins Gespräch zu kommen. Termine werden zeitnah bekanntgegeben. Vorab schon eine wichtige Information. Der geplante Politische Aschermittwoch, am 17.02.2021 in Petershagen, findet nicht statt.

*Wilfried Hertel*

*Vorsitzender der Basisorganisation  
Petershagen/Eggersdorf*



*Niels-Olaf Lüders*

## Statement zum Sturm auf das Kapitol von Niels-Olaf Lüders, Direktkandidat der LINKEN für den Bundestag im Wahlkreis 59

Die allseitige moralische Empörung über das hetzerische und offen demokratiefeindliche Auftreten von Donald Trump als Repräsentant der amerikanischen Schwesterpartei der hiesigen CDU/CSU ist sehr verständlich. Sie ist aber nicht ausreichend und aus dem Munde der Vertreter des Neoliberalismus auch zutiefst unehrlich. Denn genau sie sind es doch, die diesem Hass und der Hetze sowie der daraus nahezu zwangsläufig entspringenden Gewalt den Boden bereitet haben.

„Wer den Trumpismus bekämpfen will, muss etwas gegen die wachsende soziale Spaltung, gegen die Konzentration von Wirtschaftsmacht und politische Korruption, gegen De-Industrialisierung, Verarmung und damit verbundene Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit tun.“ (Sahra Wagenknecht)

Wer das nun von Joe Biden erwartet, ist reichlich naiv. Es braucht eine starke internationale Linke.

## Bürgerbüros

### Bettina Fortunato (MdL)

#### Bürgerbüro Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Telefax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de  
www.bettina-fortunato.de

## Geschäftsstellen

### Kreisgeschäftsstelle MOL

www.dielinke-mol.de  
E-Mail: info@dielinke-mol.de

### Bad Freienwalde

Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41  
E-Mail: frw@dielinke-mol.de  
www.dielinke-frw.de

### Strausberg

Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de  
www.dielinke-strausberg.de

## LinksTreff

### LinksTreff Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de  
www.dielinke-seelow.de

## Öffnung der Büros der LINKEN im Dezember

- Die Geschäftsstelle Strausberg ist nur mit telefonischer Anmeldung zu erreichen.
- Die Geschäftsstelle Bad Freienwalde öffnet jeden 1. Dienstag im Monat von 9.30 - 11.30 Uhr und jeden Donnerstag von 16.00 - 18.00 Uhr
- Der LinksTreff Seelow öffnet Montag bis Mittwoch 9.00 - 12.00 Uhr
- Das Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato in Seelow: öffnet Montag bis Donnerstag 9.00 - 13.00 Uhr

# Hilfe für obdachlose Geflüchtete in Bosnien

Die Berlin-Brandenburger Hilfsorganisation Wir packen's an e.V. leistet direkte Nothilfe für obdachlose Geflüchtete in Bosnien. Die beiden Gründer und Vorstände Axel Grafmanns, ehemaliger Geschäftsführer von Sea-Watch, und Andreas Steinert, Geschäftsmann aus Bad Freienwalde, sind mit dem Berliner Vereinsmitglied Sabine Engelberg Anfang Januar nach Bosnien gefahren.

Im Gepäck hatten sie Dank einer Spendenaktion vom „Volksverpetzer“ prall gefüllte Vereinskreditkarte, um vor Ort dringend benötigte Lebensmittel, Schlafsäcke, Decken und warme Winterkleidung zu kaufen. Eine Spendenaktion des Anti-Fake-News Blogs „Volksverpetzer“ hatte der Hilfsorganisation zum Jahreswechsel über 340.000 Euro beschert.

Für die geflüchteten Menschen in Bosnien herrscht eine humanitäre Katastrophe mit Ansage, absehbar und vermeidbar. Anfang Dezember schickte der Verein Wir packen's an deshalb bereits einen 40-Tonner Truck voller Hilfsgüter nach Bosnien, die bereits komplett verteilt sind. Axel Grafmanns prangerte an: „Weder die UNO-Organisation



DER WINTER KOMMT  
UNSERE SOLIDARITÄT IST GRENZENLOS

Von Moria bis Rojava,  
wir schicken Hilfe zu  
Menschen auf der Flucht  
Mach mit - pack an - spende!

Foto: Jacob Ehrbarm/Politiker

WIR PACKEN'S AN  
www.wirpackensan.de

IOM noch die Bosnische Regierung haben die kommende Katastrophe verhindert. Die Menschen sitzen im Schnee und frieren im abgebrannten Flüchtlingslager Lipa, ohne Dach über dem Kopf und jegliche Grundversorgung. Die Verantwortung für das Desaster liegt bei der IOM und den politischen Entscheidungsträgern. Deutschland sollte humanitäre Hilfe für die notleidenden Menschen leisten und ihnen die Einreise nach Deutschland ermöglichen. Doch der Aspirant auf den CDU-Parteivorsitz, Friedrich Merz, meint, dass die Festung Europa ihre Tore fest geschlossen lassen soll, egal ob Menschenleben in Gefahr sind oder nicht. Und wieder einmal muss nun die Zivilgesellschaft einspringen.“

Andreas Steinert informierte, dass ein nächster Truck mit Hilfsgütern für Bosnien Mitte Januar starten wird. „Vor Ort arbeiten wir eng mit unseren Partnerorganisationen „SOS Balkanroute“ und „No Name Kitchen“ zusammen, die beide in Bosnien als Hilfsorganisationen registriert sind.“

Miriam Tödter

Stv. Vorsitzende & Pressesprecherin

## Gedanken zum neuen Jahr

Das neue Jahr steht mit seinen Forderungen vor uns; und gehen wir auch gebeugt hinein, so gehen wir doch auch nicht ganz mit leeren Händen unseren Weg.

Theodor Fontane, 1819-1898

„Wird's besser? Wird's schlimmer?"/ fragt man alljährlich. / Seien wir ehrlich: / Leben ist immer/ lebensgefährlich.

Erich Kästner, 1899-1974

Wenn `s alte Jahr erfolgreich war, dann freue dich aufs neue. Und war es schlecht, ja dann erst recht.

Albert Einstein, 1879-1955

## Spenden

könne überwiesen werden auf das Konto:

Wir packens an e.V.

GLS Bank

IBAN DE03 4306 0967 1059 2396 00

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

**V.i.S.d.P.:** Niels-Olaf Lüders, Tel. 0334 1-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, Reimar Pflanz, Simone Schubert, Roya Sobhani, Carsten Wenzel, info@dielinke-mol.de.

**Layout u. Satz:** Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat